



taz.die tageszeitung vom 17.10.2022, Seite 4 / Schwerpunkt

Weltreise in den Folterkeller

Bodo Ramelow ist 12.000 Kilometer weit gereist. Doch in Chile begegnet dem linken Ministerpräsidenten von Thüringen beim Besuch des Geländes von Colonia Dignidad doch deutsche Ver-gangenheit. Und da gibt es einiges zu tun
Aus Santiago de Chile **Sophia Boddenberg**

Bodo Ramelow legt weiße Rosen vor den Kartoffelkeller. So heißt der Raum, in dem die chilenische Geheimpolizei mit Unterstützung von deutschen Staatsangehörigen während der Pinochet-Diktatur Oppositionelle festhielt und folterte. Der Keller ist eng, die Decke niedrig. Der Raum befindet sich auf dem Gelände der ehemaligen Colonia Dignidad (zu deutsch: Kolonie der Würde), einst eine totalitäre Sektengemeinde von Deutschen in Chile.

"Wir wissen, dass die Körper unserer Angehörigen hier auf dem Gelände sind, aber wir wollen wissen, wo sie genau sind", sagt María Escanilla zu dem Ministerpräsident von Thüringen und derzeitigem Bundesratsvorsitzenden. Ihr Bruder wurde am 13. September 1973 im Alter von 15 Jahren festgenommen und verschwand daraufhin spurlos. "Ich weiß, dass er in die Colonia Dignidad gebracht wurde. Hier wurde er getötet und vergraben", sagt Escanilla. Ihr Bruder Claudio Jesús Escanilla ist ein sogenannter "detenido desaparecido", ein gewaltsam Verschwundener.

Es ist wohl der schwierigste Termin auf dieser Auslandsreise des einzigen deutschen Ministerpräsidenten, der ein Parteibuch der Linken in seiner Tasche hat. "Ich gebe zu, dass ich einen gewissen Bammel vor diesem Tag hatte", sagt Ramelow später. Das Auswärtige Amt hatte ihm von dem Besuch in der ehemaligen Sektensiedlung abgeraten. Die deutsche Botschafterin in Chile Irmgard Maria Fellner begleitete ihn nicht. Deutschen Diplomaten waren damals die Verbrechen bekannt, trotzdem schritten sie nicht ein und boten den Betroffenen keinen Schutz.

"Ein junger Präsident, der gerade gewählt worden ist, der sich aufmacht, dieses Land wieder zu versöhnen" - das sei ein Grund für seine Reise gewesen, sagt Ramelow. Der Linke Gabriel Boric ist mit erst 36 Jahren der jüngste Präsident in der Geschichte Chiles. Er war mit dem Wahlversprechen angetreten, den grassierenden Neoliberalismus in Chile zu bekämpfen. Aber nachdem ein Verfassungsentwurf in einer Volksabstimmung durchgefallen ist, hat Boric nur noch wenig politischen Spielraum. Rechte und Zentrumsparteien betrachten das Ergebnis als Sieg und drängen ihn dazu, sich immer weiter von seinem ursprünglichen Regierungsprogramm zu entfernen.

Bodo Ramelow ist 66 Jahre alt. Er hat auf seiner Chile-Reise schon das Solarkraftwerk Cerro Dominador besucht und den Staatssekretär für **Energie** sowie den Wirtschaftsminister getroffen. Er hat einen Empfang gegeben, dem Gouverneur der Region Antofagasta einen Besuch abgestattet und ein Gesundheitszentrum mit angeschlossener Kindertagesstätte angeschaut. Was man halt so macht bei einer offiziellen Visite. Ministerpräsident Bodo Ramelow ist mit einer fast 30-köpfigen Wirtschaftsdelegation angekommen. Aber wenn es so etwas wie einen emotionalen Höhepunkt der weiten Reise nach Südamerika gibt, dann ist das dieser Besuch auf dem früheren Gelände der Colonia Dignidad.

"Deutschland trägt eine historische Verantwortung für das, was in der Colonia Dignidad passiert ist", sagt Bodo Ramelow. Gegen den Gründer und Anführer der Sektengemeinschaft Paul Schäfer lag in der Bundesrepublik Deutschland bereits ein Haftbefehl wegen sexuellen Missbrauchs von Kindern vor. Trotzdem konnte er 1961 ausreisen und nach Chile fliehen. Die Behörden schauten weg. Etwa 300 Anhänger*innen folgten ihm, wo sie etwa 350 Kilometer südlich von Santiago in der idyllischen Landschaft der Anden die Colonia Dignidad gründeten.

Zwangsarbeit, Prügel und sexualisierte Gewalt gehörten dort zum Alltag. Jungen und Mädchen wuchsen getrennt und ohne Kontakt zu ihren Eltern auf. Die Bewohner*innen durften die Siedlung nicht verlassen. Schäfer missbrauchte und vergewaltigte deutsche und chilenische Jungen, letztere ließ er aus umliegenden Dörfern entführen.

"Wenn mir ein junger Mensch, der entwürdigt worden ist und als Sklave gehalten worden ist, erzählt, dass sein Bruder in die deutsche Botschaft nach Santiago geflüchtet ist und die Botschaft bei Schäfer angerufen hat und er von ihm wieder abgeholt wurde - dann sind das Dinge, da kann man nicht drüber weggehen", sagt Bodo Ramelow.

Es gibt verschiedene Opfergruppen der Colonia Dignidad: diejenigen aus der Pinochet-Diktatur, die entführten chilenischen Kinder, die von Schäfer missbraucht wurden, und schließlich die Bewohner*innen der totalitären Sektengemeinschaft selbst. Sie alle sind in das Bierzelt zum "runden Tisch" gekommen, um mit dem Bundesratspräsidenten zu sprechen. Sie bedanken sich bei Ramelow dafür, dass er gekommen ist und dafür, dass er nun zuhört.

Colonia Dignidad heißt mittlerweile Villa Baviera - bayerisches Dorf - und so sieht es dort auch aus. Wo einst Menschen misshandelt wurden, stehen heute ein Hotel und ein Restaurant im bayerischen Stil. Die sogenannten "colonos", die bis heute

auf dem Grundstück leben, erwarten den deutschen Bundesratspräsidenten mit Kasseler, Sauerkraut und Kartoffelpüree. Die meisten von ihnen kamen als Kinder in die Colonia Dignidad oder wurden dort geboren.

Andere sind weggezogen, so wie die 69-jährige Doris Gert. "Ich kann den Geruch nicht mehr ertragen", sagt sie. Sie wünscht sich, dass eine Gedenkstätte errichtet wird, "damit anderen nicht dasselbe Leid passiert, das uns passiert ist - Diskriminierung, Missbrauch, Entwürdigung, pharmazeutische Misshandlung." Gert ist in der Colonia Dignidad geboren und aufgewachsen. Sie leidet an Epilepsie, eine Folge der Medikamente, die der Sektenarzt Hartmut Hopp ihr verabreichte, wie sie sagt.

Hopp war der Leiter des Krankenhauses der Colonia Dignidad und ein enger Verbündeter von Schäfer, dessen Opfer er gegen ihren Willen mit Psychopharmaka behandelte. Er wurde in Chile wegen Beihilfe zum Kindesmissbrauch zu fünf Jahren Haft verurteilt, setzte sich aber 2011 nach Deutschland ab, wo er als deutscher Staatsbürger nicht nach Chile ausgeliefert werden kann. "Das tut mir sehr weh, dass da keine Reaktion kommt, dass er da frei in seinem Domizil sitzt", sagt Gert und ihr laufen Tränen aus den Augen.

Schäfer selbst floh 1997 nach Argentinien, wo er 2005 festgenommen wurde. Er starb fünf Jahre später in einem Gefängnis in Santiago de Chile. Die Aufarbeitung der Verbrechen der Colonia Dignidad geht schleppend voran. Nachdem Frank-Walter Steinmeier als deutscher Außenminister vor sechs Jahren eine Mitverantwortung der Bundesrepublik anerkannte, beschloss der Bundestag eine Untersuchung der Verbrechen in der Colonia Dignidad und Hilfe für die Opfer. 2017 erarbeitete eine deutsch-chilenische Expertenkommission schließlich das Konzept für eine Gedenkstätte.

Der Historiker Jens-Christian Wagner ist Teil dieser Expertenkommission und begleitet den Ministerpräsidenten auf seiner Reise. Er leitet außerdem die Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora in Weimar. "Es war ein großer Fehler in den KZ-Gedenkstätten in Deutschland, dass sie sich sehr stark darauf konzentriert haben, ausschließlich der Opfer zu gedenken, ohne danach zu fragen, warum diese Menschen überhaupt zu Opfern wurden und wer sie zu Opfern gemacht hat", sagt er. In der Gedenkstättenarbeit in Deutschland gebe es jetzt ein Umdenken.

"Hier haben wir die Chance, es gleich richtig zu machen und deutlich zu zeigen, wer die Täter waren und wer die Opfer. Und wenn man sich die Geschichte der Colonia anguckt, dann ist es natürlich ein ganz, ganz komplexes Feld, ein graues Feld zwischen Schwarz und Weiß. Weil viele sowohl Opfer als auch Täter waren", sagt Wagner.

Seit die Kommission zum ersten Mal zusammentraf, sind fünf Jahre vergangen. Eine Gedenkstätte gibt es immer noch nicht. "Ich würde mir auch wünschen, es ginge schneller", sagt Wagner. Dass es so lange dauert, liege auch an den Regierungen. Die ehemalige chilenische Regierung von Sebastián Piñera habe kaum Interesse an der Aufarbeitung der Verbrechen der Diktatur gezeigt. Ausgerechnet sein Menschenrechtsminister Hernán Larraín hatte Paul Schäfer nahegestanden.

Aber mit der neuen linken Regierung von Gabriel Boric in Chile und einer Ampelregierung in Deutschland könnte sich etwas ändern, so die Hoffnung. "Es wäre schön, wenn spätestens zum 50. Jahrestag des Tag des Putsches gegen Salvador Allende am 11. September nächsten Jahres ein symbolischer Akt, ein symbolischer Spatenstich erfolgt, damit man weiß, jetzt passiert auch wirklich etwas, damit aus diesem Ort ein lebendiges Dorf wird, das sich seiner Geschichte bewusst ist", sagt Wagner.

"Der neue Präsident von Chile hat sich mit den Opfern der Pinochet-Diktatur getroffen. Und damit ist klar, dass das jetzt mehr Schwung bekommt. Und das wollte ich stärken mit meinem Besuch", sagt Bodo Ramelow. Es ist sein erster Besuch in Chile. Doch der lange im Rhein Hessischen ansässige Ministerpräsident besitzt dennoch eine persönliche Beziehung zu dem Land und seiner gewaltsamen Geschichte. "Meine Kinder hatten eine Tagesmutter, die chilenische Exilantin war", sagt er. "Deswegen hatte ich einen ziemlich konkreten Eindruck von dem, was nach dem Putsch hier passiert ist, und von den Verbrechen."

Am 11. September 1973 putschte Militärgeneral Augusto Pinochet gegen die sozialistische Regierung von Salvador Allende. Die Militärs und die Geheimpolizei Dina verfolgten, inhaftierten, folterten und ermordeten während der 17 Jahre währenden Diktatur Tausende Mitglieder von linken Parteien und Organisationen, Gewerkschaften und Nachbarschaftsversammlungen. Die offizielle Zahl der Opfer beläuft sich auf über 40.000, darunter 3.065 Tote oder Verschwundene. Viele Täter wurden nie verurteilt und sind mittlerweile gestorben. Auch für die Opfer der Diktatur legt Ramelow einen Blumenkranz nieder, im Museum für Erinnerung und Menschenrechte in der Hauptstadt Santiago.

Pinochets Herrschaft, das war aber nicht nur Unterdrückung, Folter und Mord. Seine Minister, Wirtschaftswissenschaftler, die an der University of Chicago bei Milton Friedman gelernt hatten, führten radikale neoliberale Reformen durch: Sie privatisieren alle im öffentlichen Besitz befindlichen Betriebe mit Ausnahme des staatlichen Kupferkonzerns Codelco und zudem großen Teile des Renten-, Gesundheits- und Bildungssystems.

Heute ist Chile ein Land mit einer extrem großen sozialen Ungleichheit. 2019 erfasste eine soziale Revolte das ganze Land, sie richtete sich gegen die Folgen der marktradikalen Politik der vergangenen Jahrzehnte. Die Proteste erreichten, dass eine verfassungsgebende Versammlung gewählt wurde, die einen neuen Verfassungsentwurf ausarbeitete. Dieser Entwurf, der soziale Grundrechte und Standards beim Umweltschutz garantiert hätte, wurde dann jedoch am 4. September dieses Jahres bei einem Referendum abgelehnt.

Chiles Wirtschaft ist abhängig von Exporten wie Kupfer, Lachs, Avocados und Zellulose. Diese Wirtschaftszweige führen zu Umweltproblemen und sozialen Konflikten aufgrund des hohen **Energie**- und Wasserverbrauchs, der Luft- und Bodenverschmutzung sowie der prekären Arbeitsbedingungen. In Chile befinden sich außerdem die größten Lithiumreserven der Welt. Und das Land gilt aufgrund der hohen Sonneneinstrahlung im Norden und der starken Windkraft im Süden als ein

Paradies für **erneuerbare Energien**. Das könnte ein Anknüpfungspunkt für eine engere Kooperation mit Deutschland sein.

"Chile könnte zehnmal so viel **Energie** produzieren, als es selber verbraucht. Diese so produzierte **Energie** könnte in nachhaltigen Wasserstoff verwandelt werden. Der ist speicherbar, der ist transportierbar", sagt Bodo Ramelow. "Das wäre sogar eine Antwort auf russisches Erdgas, hin zu einer Dekarbonisierung der Welt."

Während der Regierung von Sebastián Piñera stellte das chilenische **Energieministerium** eine nationale Grüner-Wasserstoff-Strategie auf. Aber soziale Organisationen sorgen sich darüber, dass Chile wieder nur Exporteur von Rohstoffen wird, dieses Mal unter dem Deckmantel der **Energiewende**. "Die Nationale Wasserstoffstrategie wurde ohne demokratische Mindeststandards ausgearbeitet, ohne Beteiligung der Zivilbevölkerung und ohne die Teilhabe der indigenen Gemeinden", sagt Lucio Cuenca von der Lateinamerikanischen Beobachtungsstelle für Umweltkonflikte.

Auch er trifft sich mit dem Bundesratspräsidenten in einer Gesprächsrunde, um auf die Probleme aufmerksam zu machen, die soziale Bewegungen beim Lithiumabbau und beim Export von grünem Wasserstoff sehen. Der Abbau könnte sensible Ökosysteme in den Salzseen in der Atacamawüste aus dem Gleichgewicht bringen, lautet die Befürchtung. Für die Produktion von grünem Wasserstoff werde Patagonien, ohne eine regionale Planung mit demokratischer Beteiligung der Bevölkerung, mit Windparks zugepflastert.

Wie eine global gerechte **Energiewende** mit linker Handschrift aussehen könnte? "Dezentral, regional, regenerativ und in Bürgerhand, also mehr **Energieversorgung** nah an den Bürgern zu bezahlbaren Preisen. Das ist die große Herausforderung und das ist eine Absage an eine neoliberale Denkwelt", sagt der Thüringer Ministerpräsident.

Den letzten Blumenkranz seiner Chile-Reise legt Bodo Ramelow vor dem Mausoleum von Salvador Allende nieder, einen Kranz aus weißen Lilien. Allende starb, während die chilenische Luftwaffe das Regierungsgebäude beschoss. Offiziell heißt es, er habe Selbstmord begangen, aber viele Chilenen glauben, dass er von den Militärs ermordet wurde. "In diesen düsteren und bitteren Augenblicken, in denen sich der Verrat durchsetzt, sollt ihr wissen, dass sich früher oder später, sehr bald, erneut die großen Straßen auftun werden, auf denen der würdige Mensch dem Aufbau einer besseren Gesellschaft entgegengeht", sagte er in seiner letzten Rede am Tag des Putschs im Rundfunk, während sein Amtssitz schon angegriffen wurde.

Allende hatte grundlegende soziale Reformen durchgeführt, die vor allem der ärmeren Bevölkerung zugutekamen. Er verstaatlichte die Schlüsselindustrien, stärkte die Rechte der Arbeiter*innen, führte eine Landreform durch und reformierte das Bildungs- und Gesundheitswesen. Medikamente und Arztbesuche, Schulbildung, Bücher und Hefte waren kostenfrei. Für jedes Kind in Chile wurde täglich ein halber Liter Milch kostenlos bereitgestellt. Mit seinen Reformen wurde er damals im fernen Deutschland zu einer Leitfigur für viele links denkende Menschen. Sein Tod im Jahr 1973 machte ihn zum Märtyrer weit über Lateinamerika hinaus.

"Ich habe vor der historischen Person Allende eine Hochachtung, und deswegen will ich mich vor ihm verneigen", sagt Ramelow. Allende habe "für die Ideale der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit" eingestanden, "in einem Land, das hochkomplizierte Prozesse erlebt: Kolonialismus, Rassismus, segmentierte Gesellschaftsstrukturen, Latifundien, Großgrundbesitz." Salvador Allende wollte "neue Wege gehen, und dafür hat er sein Leben am Ende geben müssen", sagt Bodo Ramelow.



Blick in die Vergangenheit: Bodo Ramelow (Mitte) und der Historiker Jens-Christian Wagner im "Kartoffelkeller" der Colonia Dignidad, der einst als Ort der Folter fungierte Jacob Schröter/Staatskanzlei Thüringen/dpa



Blick in die Zukunft? Ramelow besucht das chilenische Solarthermie-Kraftwerk Cerro Dominador Jacob Schröter/Staatskanzlei Thüringen/dpa


Quelle: taz.die tageszeitung vom 17.10.2022, Seite 4

Dokumentnummer: T20221710.5885753

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/TAZ_f128b24c1b389bcc00573b8cdf4d6bc48adad597

Alle Rechte vorbehalten: (c) taz, die tageszeitung Verlagsgenossenschaft e.G.

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH